

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 4

Rubrik: Position

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

KINDER KOSTEN

«*Kinder kosten nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Und Zeit ist für uns bekanntlich auch wieder Geld.*» Mit dieser so verblüffend selbstverständlichen Erkenntnis beginnt ein Bericht, der im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung erstellt wurde und der nach der Veröffentlichung im Nu eine brisante Diskussion ausgelöst hat. Nun mag es ja von statistischem Interesse sein, einmal die direkten Kosten von Kindern zu ermitteln, wobei der Mittelwert von 340 000 Franken im Verlauf von 20 Jahren vor allem den Lebensstandard einer sogenannten Durchschnittsfamilie spiegelt. Man könnte weiterfragen, was der Vater, was die Mutter «kostet» und käme dann insgesamt darauf, was diese Familie mit ihrem Einkommen von angenommenen 1,7 Millionen Franken in diesen 20 Jahren sich leisten kann. Die Studie gibt denn auch eine beträchtliche Variationsbreite der geschätzten Beträge an und relativiert damit den «Kosten»-Ansatz doch erheblich.

Aber die Brisanz liegt nicht in den direkten, sondern in den indirekten «Zeit»-Kosten entgangener Erwerbsarbeit. Kinder zu haben stellt tatsächlich die Eltern vor Anforderungen vielfältiger Art; die gehörige Zuwendung von Zeit ist nicht deren geringste. Aber dies ist eine der Grundfragen des Lebens, die Gründung einer Familie ist ein so bedeutsames Unternehmen wie die Wahl des Berufs und die Bereitschaft, nach gegebenen Normen und zumeist in Abhängigkeit zu arbeiten. Für viele stellt die Familie den wichtigsten, weil autonomsten Teil der Selbstverwirklichung dar. Nun ist die Frage der Vereinbarkeit von Familienpflichten mit anderen Tätigkeiten, insbesondere auch der Möglichkeit einer flexiblen Aufgabenteilung zwischen den Eltern, in einer emanzipierten Gesellschaft zweifellos legitim. Die starren Rollenzwänge sind jedoch weitgehend abgebaut, die Möglichkeiten, sich zu organisieren, vielfältiger geworden. Es ist freilich nicht verwunderlich, dass vor allem die staatlichen Bildungseinrichtungen noch immer wenig flexibel sind.

Insofern ist es sogar verständlich, dass in der Studie der Staat angesprochen wird, er könnte in verschiedenen Bereichen mehr tun. Aber das sind nur die Feigenblätter. Denn im Grunde läuft die Argu-

mentation mehr oder weniger explizit darauf hinaus, dass der Staat die Belastung, die den Familien durch Kinder entsteht, grundsätzlich ausgleichen müsse. Im Visier hat man nicht primär die direkten Kosten – es fehlt bezeichnenderweise auch eine Gegenüberstellung der immensen Aufwendungen, die der Staat beispielsweise im Bildungswesen bereits erbringt –, sondern die Einkommenseinbussen der Mütter, die zu 95 Prozent nicht gedeckt werden. Hier soll mit einer Umverteilung von kinderlosen Personen zu Familien und von reichen zu armen Haushalten Remedur geschaffen werden.

Man kann diesen Vorschlägen mit sachlichen und mit politischen Argumenten entgegentreten. Es ist bemerkenswert, dass, gefördert von den verantwortlichen Stellen im Bund, derart weitreichende Forderungen zum Ausbau des Sozialstaates in einem Zeitpunkt lanciert werden, da die Tragfähigkeit der bestehenden Einrichtungen höchst bedenklich und renovationsbedürftig geworden ist und der Bundeshaushalt aus allen Fugen kracht. Aber die sofort angelaufene Diskussion bewegt sich nicht auf dieser praktischen, sondern vielmehr auf einer philosophischen Ebene. Viele fühlten sich durch die rein ökonomische Argumentation verletzt. Und wenn der Staat schon Kinder finanzieren soll, könnte man weiterfragen, ob er dann nicht auch andere Einbussen gegenüber einem hypothetischen Voll- bzw. bei Ehepaaren Doppelerwerbseinkommen ausgleichen müsste. Und was wären die Forderungen, die in einer aktiven staatlichen Familienpolitik etwa an die Reproduktionsrate der Gesellschaft, an die Budgets der Familien oder an Erziehung und Bildung gestellt werden könnten?

Dass sich aus dieser unbedachten Publikation eine weitere Verhärtung der sozialpolitischen Konfrontation ergeben werde, war abzusehen. Abstimmungs- und wahltaktisch hat sich das bisher für die Linke ausbezahlt. Um so schmerzhafter wird einmal die Erkenntnis sein, dass der Staat nicht nur finanziell, sondern auch ideell diese hochgespannten Erwartungen niemals erfüllen kann. Es ist wohl besser, wir ersparen unseren Kindern allzu grosse zukünftige Schulden, als dass wir heute ihre «Kosten» abwälzen. ♦